

Fragenkatalog

Öffentliche Anhörung „Internationale Digitalpolitik“
am Mittwoch, 18. Oktober 2023, 14:30 - 16:30 Uhr

*Antworten von Roxana Radu, Associate Professor für digitale Technologien und öffentliche Politik,
Universität Oxford*

1) Worauf sollte der Fokus einer deutschen Strategie für internationale Digitalpolitik liegen und wie können Deutschland und Europa hier besser aufgestellt werden?

In einer deutschen Strategie für internationale Digitalpolitik sollte/sollten:

- die wichtigsten Prioritäten für das Land identifiziert werden, wobei zu unterscheiden ist zwischen einzelnen Mandaten (und deren möglicher Entwicklung im Laufe der Zeit) in der internationalen digitalpolitischen Landschaft und speziellen Rollen innerhalb größerer Kooperationsstrukturen, wie NATO, G7, G20 usw. Die Identifizierung von Bereichen, in denen Deutschland Prozesse vorantreiben kann, ist ebenso wichtig wie die Festlegung von Grundsätzen für die internationale Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften;
- kurz- und langfristige Prioritäten für die Mitwirkung an bestehenden internationalen Prozessen festgelegt werden, insbesondere durch Reduzierung des „Silo“-Effekts in internationalen Diskussionen zur Digitalpolitik. Kurzfristig würde ein klarer Zeitplan bis 2025 dazu beitragen, Deutschland als einflussreichen Akteur, der in verschiedenen Foren mit einer Stimme spricht, zu positionieren. Das Jahr 2025 ist ein entscheidendes Jahr im Bereich Digital Governance, da drei VN-Prozesse zu Ende gehen: (1) die offene Arbeitsgruppe für die Sicherheit und die sichere Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien, (2) die laufenden Verhandlungen über das VN-Rahmenübereinkommen über Computerkriminalität und (3) die Überprüfung des Prozesses des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft, WSIS+20. Ein Teil der Umsetzung des Global Digital Compact wird wahrscheinlich nach 2024 erfolgen;
- aufbauend auf seiner starken, auf Menschenrechte ausgerichteten Rechtstradition und seiner zentralen Stellung in internationalen Institutionen kann Deutschland eine Vision des Internets als globales öffentliches Gut und eine Agenda für digitale Rechte vorantreiben, der ein angemessener Rechenschaftsrahmen zugrunde liegt;
- die Expertise des öffentlichen Sektors gestärkt und die Forschungsbereiche identifiziert werden, in denen deutsche Institutionen besonders gut sind, um konkrete Wege zu finden: 1) wie entsprechende Beiträge in nationale Prozesse und Koordinierungsmechanismen einfließen können; 2) um zeitnah Forschungsergebnisse und Fachwissen in internationale Prozesse einfließen zu lassen;
- definiert werden, was wertebasierte Partnerschaften bedeuten. Zudem sollten die erforderlichen Strategien festgelegt werden, um eine Verschärfung der geopolitischen Spannungen zu vermeiden, die die internationale Digitalpolitik zunehmend prägen. Offene Kommunikationskanäle mit Ländern, die in Bezug auf ihre Werte nicht auf derselben Linie liegen, sollten gleichermaßen berücksichtigt werden;
- Wege aufgezeigt werden, wie der Polarisierung entgegengewirkt werden kann, indem eine Vielfalt an Stimmen in multilaterale und Multi-Stakeholder-Prozesse einbezogen werden, Mechanismen für die öffentliche Begleitung bestimmter Themen geschaffen werden und die Transparenz erhöht wird.

2) Welche Rolle sollte Deutschlands internationale Digitalpolitik in der Europäischen Union einnehmen?

Die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Europäischen Union war bisher für beide Seiten von Vorteil. Die Position Deutschlands in internationalen Prozessen und innerhalb der Europäischen Union sollte auch in Zukunft konsequent beibehalten werden, doch die Rolle des Landes bei der Sicherung einer europäischen Infrastruktur und bei der Verringerung von Risiken in der Wertschöpfungskette könnte gestärkt werden, indem nachhaltige Lösungen mit europäischen Partnern ausgelotet werden. Strategische Abhängigkeiten innerhalb Europas müssen sorgfältig geprüft werden, um herauszufinden, an welcher Stelle Deutschland einzigartige Beiträge in puncto Fachwissen und Standardisierung leisten kann und an welcher Stelle Deutschland die rechtezentrierten, globalen Prioritäten des digitalen Wohlergehens im Rahmen des Programms „Digitales Europa“ fördern kann.

3) Inwiefern beeinflusst eine zunehmend multipolare Weltordnung die Arbeit der traditionellen Institutionen in der Internet Governance und welche Folgen hat das für das offene und freie Netz und den Zugang dazu oder den Schutz der Menschenrechte und der Kommunikationsfreiheiten? Inwiefern wird auch mit unlauteren Methoden versucht, die internationale Normierungs- und Standardisierungsgremien geopolitisch unterwandern, etwa zur technischen Durchsetzung bestimmter Wertvorstellungen oder zur Marktabschottung? Was sollte daraus für die deutsche und europäische Strategie internationaler Digitalpolitik folgen?

Geopolitische Spannungen haben die digitalpolitischen Diskussionen auf internationaler Ebene stark beeinflusst. In Bezug auf die Fachgremien, die für die grundlegenden Internetstandards und -protokolle zuständig sind, haben diese Spannungen folgende Konsequenzen nach sich gezogen:

- Verlagerung der Aufmerksamkeit weg von gemeinsamen Zielen und lösungsorientierten Ansätzen hin zu einer Abstimmung in „kleinen Gruppen“
- verfestigte Beteiligungsstrukturen, die in ihrer Reformfähigkeit eingeschränkt sind (sie sind auf relativ kleine Gemeinschaften ausgerichtet und die nächste Generation digitaler Nutzer ist unterrepräsentiert)
- fehlende Koordinierung zwischen internationalen Institutionen, die sich mit dem Cyber-/Digitalraum befassen, und den Fachgremien, die das Internet durch grundlegende Standards und Protokolle steuern, wie die Internet Engineering Task Force, die Internet Corporation for Assigned Names and Numbers oder das World Wide Web Consortium. Diese historische Trennung zwischen Standardisierung und sozioökonomischer, politischer und rechtlicher Entscheidungsfindung hat sich als schwierig erwiesen, da sich der Prozess der Kodifizierung von Standards nicht an politischen Prioritäten orientiert und eher von privaten als von öffentlichen Interessen dominiert wird. Das Internet Governance Forum hat eine erste Brücke zwischen diesen Akteuren geschlagen, aber die Ausweitung seiner Zuständigkeiten ist derzeit umstritten.
- Neue Gefahren, die sich aus der Verwendung von Standards als Mittel der politischen Angleichung („political alignment tools“) ergeben, wurden nicht angegangen.

4) Für welche konkreten Maßnahmen sollten finanzielle Mittel für eine internationale Digitalpolitik verwendet werden?

Es sollten separate Finanzierungskanäle eingerichtet werden für:

- Forschung zur Prioritätensetzung und wissenschaftlich fundierte Mechanismen, die bis 2025 in globale Prozesse münden

- werte- und bedarfsorientierte Zusammenarbeit mit dem globalen Norden und dem globalen Süden
- strategische Zukunftsplanung mit multidisziplinären Teams, um die Expertise und Handlungsbereitschaft des öffentlichen Sektors zu stärken
- Mitwirkung an Standardisierungsprozessen und -maßnahmen, bei denen eine Brücke zwischen Gesprächen innerhalb der VN und technischen Erwägungen geschlagen wird
- Dialog und offene Kommunikationskanäle mit Ländern, die andere Vorstellungen vom Internet haben

5) Könnten und sollten digitalpolitische Überlegungen bei den handelspolitischen Entscheidungen und Initiativen der Bundesregierung und der Europäischen Union stärker einfließen, bspw. bei der Ausarbeitung von Handelsabkommen – falls ja, in welcher Form?

Eine bessere Koordinierung zwischen digitalpolitischen Prioritäten und Handelsabkommen ist dringend erforderlich. Zur Gewährleistung von Kohärenz und Konsistenz sollte u. a. Folgendes sichergestellt werden: 1) dass die Hauptverantwortlichen dieser Prozesse an allen Sitzungen der verschiedenen Ressorts teilnehmen, 2) dass zwischen den Sitzungen genügend Zeit eingeplant wird, um die Koordinierung und Positionsbestimmung intern, aber auch extern, mit einer breiteren Gruppe von Akteuren zu ermöglichen.

6) In der Vergangenheit wurde vielfach gefordert, die EU solle bei der Regulierung ihres digitalen Ökosystems einen „dritten Weg“ verfolgen – in bewusster Abgrenzung zu chinesischem Techno-Autoritarismus und US-Digitalwirtschaft. Betrachten sie diesen Ansatz, in Anbetracht der Zeitenwende und mit ihr einhergehenden Aufforderungen zur stärkeren digitalpolitischen Zusammenarbeit und Verflechtung mit den USA und anderen liberal-demokratischen Partnern, als überholt?

Im Sinne einer globalen Vision des Internets ist es wichtig, sich nicht von bestimmten Teilen der Welt abzukoppeln und eine weitere Polarisierung zu verhindern. Die einzelnen Regionalblöcke werden zwar weiterhin ihre eigenen Prioritäten festlegen, doch ist es dringend erforderlich, Alternativen für das globale digitale Wohlergehen zu finden.

7) Wie kann eine demokratische Internet Governance langfristig gesichert werden? Welche Rolle spielen dabei bestehende Formate wie der IGF, der geplante Global Digital Compact und transnationale Organisationen wie ICANN (insbesondere mit Blick auf den Multi-Stakeholder-Ansatz und die Einbindung der Zivilgesellschaft)?

Die Entwicklung der Internet Governance von den 1990er Jahren bis heute wurde durch verschiedene Akteure, Prozesse und Praktiken geprägt. Die verschiedenen Phasen zeigen, dass es immer eine Mischung aus formellen und informellen Machtverhältnissen sowie politischen Erwägungen und Positionierungen gegeben hat. Mit Blick auf die Zukunft ist es notwendig, kritisch zu bewerten, was in der globalen Internet Governance gut und was nicht gut funktioniert hat. Das Multi-Stakeholder-Modell hat in den letzten zwei Jahrzehnten sowohl Erfolge als auch Misserfolge erlebt. Die Einbindung der Zivilgesellschaft war lückenhaft, und es muss ein Umdenken in Bezug auf die Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen, ihre Beteiligung an verschiedenen Phasen politischer Prozesse und ihre erweiterte Rolle als Vertreter von Interessen und Gemeinschaften stattfinden.

8) Was sollte Deutschland bei der Gestaltung seiner internationalen Digitalpolitik mit Blick auf die internationale Auswirkung von nationalen Gesetzen auf Machtverhältnisse, neue Abhängigkeiten, globale Gerechtigkeit und Deutschlands koloniales Erbe kritisch hinterfragen?

siehe Antwort zu 1) und 3)

9) Wie werden digitalpolitische Instrumente derzeit von Staaten als Mittel der Unterdrückung missbraucht (z.B. Internet Shutdowns), welche Entwicklung beobachten wir in diesem Zusammenhang und wie können und sollten die EU und Deutschland effektiv dagegen vorgehen?

Das Internet verfügt über zahlreiche Kontrollmechanismen, von rein technischen bis hin zu politischen Instrumenten. Vor dem Ergreifen jeglicher Maßnahmen müssen die EU und Deutschland überlegen, welches Endziel auf welcher Ebene und mit welchen Mitteln verfolgt wird.

10) Welche Wechselwirkung besteht zwischen nationaler und internationaler Digitalpolitik, welche Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang digitaler Außenpolitik zu und welche Aspekte sollte Deutschland noch weiter ausbauen?

Mit den aufkommenden Praktiken der Cyberkoordination und der Cyberdiplomatie werden die Wechselwirkungen zwischen nationaler und internationaler Digitalpolitik sichtbar. Da die Digitalisierung in einem zunehmend komplexen internationalen Ökosystem an die Spitze der politischen Agenda rückt, ist es schwierig, sie ohne ressortübergreifende Koordinierung als Teil der Außenpolitik anzugehen. Ein sich abzeichnender Trend, der es wert ist, näher untersucht zu werden, ist die Tech-Diplomatie, d. h. die gezielte Zusammenarbeit mit bestimmten Industriezentren in der ganzen Welt.